Leipziger Volkszeitung

Szenen aus Niederbayern: Im Herbst 2015 drängten die Schutzsuchenden an Orten wie Wegscheid (linkes Bild) über die bayerisch-österreichische Grenze. Inzwischen werden trotz intensiver Autobahnkontrolle kaum noch Flüchtlinge gesichtet. Montage: RND, Fotos: Fotolia, dpa, Neffe

Eine Lösung für kein Problem

An der bayerischen Grenze herrscht Ruhe. Flüchtlinge kommen schon lange nicht mehr. Trotzdem will Innenminister Seehofer hier ein Exempel statuieren und Ausländer mit Einreisesperre abweisen lassen. Besuch an einem Ort, an dem sich die Großen Koalition zerreibt.

VON CHRISTIAN NEFFE

WEGSCHEID. An der Brücke über den Osterbach bei Wegscheid entscheidet sich in diesen Tagen das Schicksal der Großen Koalition in Berlin. Dabei ist hier nichts los. Nichts regt sich auf dieser Brücke in einem abgelegenen Winkel Niederbayerns, 30 Kilometer östlich von Passau.

Im Herbst 2015 ist hier noch Weltpolitik gemacht worden. Hunderte von Flüchtlingen strömten jeden Tag über diese Brücke, über die Grenze zwischen Österreich und Deutschland.

Jetzt, im Sommer 2018, will der Bundesinnenminister und CSU-Chef Horst Seehofer zusammen mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hier wieder so etwas wie Weltpolitik machen. Oder doch zumindest die europäische Asylpolitik neu ausrichten. Sogar um den Preis des Fortbestands der Großen Koalition.

Wer die 800 Kilometer bayerisch-österreichische Grenze entlangfährt, fragt sich nur: Warum? Was treibt Seehofer zum erbitterten Kampf mit der Kanzlerin darum, an der bayerischen Grenze jeden Flüchtling, gegen den ein Einreise- verbot besteht, der in einem anderen Land registriert ist, ohne Prüfung seines Asylantrags zurückweisen zu können? Und warum sind nur an der bayerischen Grenze seit dem 19. Juni Kontrollen eingeführt, nicht an den übrigen acht EU-Binnengrenzen?

Diese Fragen stellen sich so drängend, weil an Orten wie der Brücke über den Osterbach eben nichts los ist.

Wegscheid im Herbst 2015: Die Österreicher brachten die Flüchtlinge direkt von Spielfeld an der slowenischen Grenze ins letzte Dorf vor Deutschland und wiesen ihnen den Weg: „This way to Germany." An einem Tag im Oktober 2015 überquerten 2000 Flüchtlinge auf einmal den Österbach, 40 deutsche Polizisten hatten alle Mühe, sie hinter der Grenze wieder einzusammeln. Der damalige Ministerpräsident Seehofer war sauer auf die Österreicher: „So kann und darf man nicht miteinander umgehen."

Wegscheid im Juni 2018: Auf der

„Wir sind alle nur Menschen": Mohammed Bayzeed kam aus Damaskus und setzt in Passau sein Jura-Studium fort. Foto: Neffe

„Erschrocken über das Ausmaß": Helferin Perdita Wingerter. Foto: Privat

Landstraße fahren die Wegscheider wie eh und je ins österreichische Kollerschlag, und die Kollerschlager kommen nach Wegscheid. An dieser Grenze herrscht freie Fahrt für alle. Und Stille. Von der deutschen Seite naht ein Einsatzwagen der Bundespolizei, fährt auf den Parkplatz des stillgelegten Gasthofs Oklahoma. Die Beamten schweigen und halten Ausschau. Mehr nicht. Der Dienst an der Südgrenze ist beliebt, auch bei Bundespolizisten, die aus dem Norden abgeordnet werden. Es ist schön ruhig hier.

Der Wegscheider Bürgermeister Josef Lamperstorfer erinnert sich an andere Zeiten, aber er sagt: „Seit November 2015 haben wir hier gar keine Flüchtlinge mehr gesehen." Trotzdem ist er der Meinung, dass „Lösungen hermüssen". Er unterstütze auf jeden Fall die Pläne von Seehofer.

Ist die ganze deutsche Regierungskrise über den richtigen Umgang mit den europäischen Grenzen etwa eine Phantomdebatte?

Dies sind die Zahlen: In Bayern sind dem Staatsministerium des Inneren zufolge im Mai 862 „unerlaubt eingereiste Personen" aufgegriffen worden, 418 wurden sofort wieder zurückgeschickt. Von den Zahlen der Jahre 2015 bis 2017 ist man auch im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizeiinspektion Passau meilenweit entfernt. Etwa 130 bis 150 illegale Einreisen registriert sie pro Monat an den Grenzübergängen in ganz Niederbayern sowie in Zügen von Linz nach Passau. Nicht zuletzt ist diese Zahl auch ein Resultat der Ermittlungen gegen Schleuser, die laut Polizeisprecher Timo Schüller noch immer „sehr aktiv" sind. „Das Geschäft ist sehr lukrativ, gut 4000 bis 5000 Euro werden pro Person gezahlt", sagt er. Man wisse, dass die Schleuserbanden die Aktivitäten der Polizei genau beobachteten, Lockfahrzeuge vorausschickten und zur Not alternative Routen suchten.

„Vergangene Woche hat ein Lkw-Fahrer in Neuhaus am Inn sechs Afghanen auf der Straße ausgesetzt", berichtet Schüller. Neuhaus ist der Ort, durch den alle fahren, die einen Grund haben, die einzige feste Kontrollstation in Niederbayern zu umgehen. Die befindet sich seit dem 13. September 2015 auf dem Parkplatz Rottal-Ost an der Autobahn 3. Der jedoch liegt hinter der ersten deutschen Abfahrt Pocking.

Bundespolizei und bayerische Landespolizei haben den Rastplatz besetzt, Betonbarrieren errichtet und einen großen weißen Hangar aufgespannt. Was als Zwischenlösung begann, ist längst zum Langzeitprovisorium geworden. Als dauerhafte Maßnahme sind diese Kontrollen zumindest rechtlich nicht vorgesehen, sie wurden seit ihrer Wiedereinführung nur immer wieder um ein halbes Jahr verlängert. Hier ist 24 Stunden, sieben Tage die Woche Kontrolle. Im November soll eine Entscheidung der EU Klarheit darüber bringen, ob aus dem Provisorium eine Dauereinrichtung werden kann.

Die deutsch-österreichische Grenze

Diese Grenzübergänge (⊖) wurden 2015 am häufigsten genutzt

Bahnlinien schematisch | Quelle: Bundespolizei, dpa

Nicht nur illegale Einreisen, sondern auch andere Vergehen werden bei diesen Kontrollen offengelegt, erklärt Schüller. „Teilweise laufen zwei bis drei Haftbefehle auf die kontrollierten Personen. Manchmal fischen wir auch dickere Fische heraus." Drogenhändler etwa.

Mittwochnachmittag in Achleiten bei Passau. 20 Gäste beobachten im Biergarten der Pension Zur Freiheit bei Bier und Brezeln, wie die DFB-Elf an der Grenze zum Achtelfinale zurückgewiesen wird.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass dieses Gasthaus den Namen Zur Freiheit trägt. Schließlich war es das erste Gebäude, das die mehr als 330 000 Flüchtlinge sahen, die im Sommer 2015 aus Österreich in Achleiten ankamen. Damals wollten auch sie alle Freiheit. Für den Inhaber Franz Dambick bedeutete das hingegen das genaue Gegenteil: „Ich war quasi von der Außenwelt abgeschnitten. Jeder dritte Schutzsuchende, der in diesen drei Wochen nach Deutschland eingereist ist, ist an meinem Biergarten vorbeimarschiert", sagt er. Bis zu 30 Polizeieinheiten waren zeitgleich vor Ort, leiteten die Flüchtlinge von der Grenze am Gasthaus vorbei zur Bushaltestelle, von wo aus sie in provisorische Erstaufnahmeeinrichtungen transportiert wurden. „An einigen Tagen hat sich hier eine durchgehende Menschenkette gebildet. Wenn man es nicht besser wüsste, hätte man denken können, die Leute stehen hier für ein Konzert an – alle haben sich anständig und friedlich verhalten", erinnert sich Dambick.

Für seinen Gasthof bedeutete das drei Wochen lang Stillstand und null Einnahmen. Trotz des Bemühens des Bürgermeisters erhielt Dambick keinen finanziellen Ausgleich. Und danach? Ist es still geworden.

Nach dem großen Andrang habe der Menschenstrom abrupt aufgehört, nur noch ganz sporadisch hätten einzelne Flüchtlinge die Grenze passiert. Dem Bemühen der Landesregierung, die Grenzkontrollen zu verstärken, steht Dambick in doppelter Hinsicht skeptisch gegenüber: weil er in den vergangenen Monaten keinen einzigen Flüchtling mehr in Achleiten gesehen hat und weil eine erhöhte Polizeipräsenz „keinen werbenden Effekt" für seinen Biergarten hätte.

Als am 4. September 2015 die ersten Flüchtlinge in Achleiten ankamen, gehörte Perdita Wingerter zu denen, die sich sofort auf den Weg an die Grenze machten. Sie ist Gründerin des Vereins „Gemeinsam leben und lernen in Europa" und wurde zu einer von Passaus vielen Flüchtlingshelferinnen. 10 000 Menschen harrten in dieser ersten Nacht am Übergang Achleiten aus, nur wenige Minuten außerhalb von Passau. „Wir sind mit Thermoskannen runtergegangen und waren erschrocken über das Ausmaß."

Nicht viele Flüchtlinge sind in Passau geblieben, gerade mal 300 von 330 000. Für sie organisiert Wingerter nun Deutschkurse, hilft bei Job- und Wohnungssuche, organisiert Begegnungen zwischen Geflüchteten und Einheimischen.

Einer ihrer Schützlinge ist Mohammed Bayzeed. Er flüchtete mit seiner Familie aus Syrien nach Jordanien, dann zog er über die Türkei, Mazedonien, Serbien und Österreich weiter. Im Herbst 2015 endete seine Flucht in Deutschland. In Damaskus studierte er Jura, kürzlich hat er einen Platz an der Passauer Universität bekommen, um sein Studium beenden zu können. Bei Wingerters Verein absolviert er derzeit den Bundesfreiwilligendienst, diskutiert mit Schulklassen, organisiert Projekte namens „Kinder leben Kultur" oder „Fremdenfreundlichkeit". „Am Ende sind wir alle nur Menschen", sagt der 28-Jährige.

Am Montag wird Ministerpräsident Söder in Passau die neue Bayerische Grenzpolizei ins Leben rufen. Es sind zunächst dieselben 500 Beamten, die bereits jetzt als Landespolizisten Schleierfahndung im Grenzgebiet betreiben. Kurzfristig ändert sich außer am Namen also nichts.

Merkels Motto: Ruhig bleiben und kämpfen

VON MARINA KORMBAKI

BERLIN. Die Kanzlerin redet nun schon seit einer knappen halben Stunde. Angela Merkel spricht von den Spannungen im transatlantischen Verhältnis, den deutsch-französischen Plänen zur Stärkung des Euro und natürlich von der Migration. Die Abgeordneten der AfD heben immer wieder zu höhnischem Gelächter und Zwischenrufen an. Merkel tut so, als hörte sie sie nicht. Bis zu dem Moment, an dem das Johlen und Brüllen zu ihrer Rechten so laut wird, dass die Kanzlerin innehalten muss.

„Wir werden den Grenzschutz stärken", hatte Merkel zuvor gesagt. Und dann: „Wir werden natürlich auch die sogenannte Sekundärmigration stärken", also das ungehinderte Reisen von Asylbewerbern von einem Land zum nächsten. Ein Versprechen. „Die Sekundärmigration besser ordnen und steuern müssen", schiebt Merkel hinterher, doch da entladen sich bei der AfD schon Wut und Verachtung, die Autorität der Bundeskanzlerin steht infrage. Und was tut Merkel? Sie dreht sich zu den AfDlern, lächelt spöttisch und sagt: „Mein Gott, echt mal."

Ruhe und Selbstgewissheit ausstrahlen – das ist die Devise, mit der Merkel diese schwierige Woche zurücklegt. Seit gestern tagen die Staats- und Regierungschefs der EU. Das Brüsseler Treffen steht im Zeichen des Asylstreits zwischen CDU und CSU. Für den Fall, dass Merkel heute Abend nicht mit handfesten Plänen zur Reduzierung der Migration nach Deutschland zurückkehrt, hat CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer eigenmächtige Grenzkontrollen angekündigt. Sie hätten seine Entlassung, den Bruch zwischen CDU und CSU und damit auch der Bundesregierung zur Folge.

Seit Tagen sucht das politische Berlin nach Auswegen aus der Krise. Die Erwartungen an den EU-Gipfel sind groß. Doch wer auf die viel zitierte europäische Lösung gehofft hat, wird enttäuscht. Es wird sie nicht geben. Das machte Merkel gestern bei ihrer Regierungserklärung deutlich.

„Wir sind – das will ich ganz offen sagen – noch nicht da, wo wir sein wollen." Auf dem EU-Gipfel werde kein gemeinsames Asylsystem verabschiedet werden können, so Merkel. Zwar sei man sich in fünf von sieben großen Asylreformen „mehr oder weniger" einig. „Aber in zwei wichtigen gibt es noch politischen Beratungsbedarf", so Merkel. Da geht es erstens um die Angleichung der rechtlichen und materiellen Standards bei der Gewährung von Asyl in allen EU-Staaten. Und zweitens kommen die EU-Staaten bei der Reform des Dublin-Systems nicht voran: Derzeit ist das Land für das Asylverfahren eines Migranten zuständig, in dem jener zum ersten Mal EU-Boden betritt – meist Italien, Griechenland oder Spanien. Vorschläge für eine Reform sehen eine Verteilung der Ankommenden auf alle EU-Mitglieder vor. Das lehnen die meisten ab.

Dieser tiefe Konflikt soll jedoch nicht von den zahlreichen Maßnahmen ablenken, die Europa zur Unterbindung von Migration unternommen hat – dieser Punkt ist Merkel an diesem Vormittag im Bundestag besonders wichtig. Sie zählt auf: die Einstufung der Westbalkanländer als sichere Herkunftsländern, das EU-Abkommen mit der Türkei, die Ausbildung libyscher Grenzschützer, die Streichung des Rechtsanspruchs auf Familienzusammenführung für subsidiär Geschützte – es ist eine Liste, die Merkels weltweitem Ruf von der Willkommenskanzlerin widerspricht. Den Imagewandel nimmt sie jetzt in Kauf, um die Gemüter in der CSU zu beruhigen.

„Wir sind – das will ich ganz offen sagen – noch nicht da, wo wir sein wollen": Angela Merkel,CDU, Bundeskanzlerin, in ihrer Regierungserklärung zur Asylpolitik. Fotos: epd (2)

„Wir begrüßen, dass es Fortschritte gibt": Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef zur Aussage der Kanzlerin, den Grenzschutz stärken zu wollen.

Die Strategie könnte aufgehen. Zumindest deutet CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt im Bundestag an, wie eine Wiederannäherung der Schwesterparteien gelingen könnte. Dobrindt spricht mehr vom Schutz der EU-Außengrenzen als von nationalen Maßnahmen. Er sieht „Fortschritte" auf diesem Feld. Er wiederholt aber auch, dass Asylbewerber, für deren Verfahren ein anderer Staat zuständig ist, an der Grenze zurückgewiesen werden müssten. Überstellungen geschehen schon heute – von Januar bis Mai wurden fast 4100 Flüchtlinge in andere EU-Staaten zurückgebracht. Knappe Fristen machen es kooperationsunwilligen Staaten allerdings leicht, Rückführungen zu verschleppen.

Deren Beschleunigung steht im Mittelpunkt der Gespräche, die Merkel in Brüssel führen will. Während Griechenlands Premier Alexis Tsipras Entgegenkommen signalisiert hat, drängt Italiens Premier Giuseppe Conte zunächst auf eine neue Regelung zum Umgang mit privaten Rettungsschiffen. Derweil geht den Bayern ihr engster Verbündeter von der Fahne: Österreichs rechter Innenminister Herbert Kickl sagte vor dem Gipfel: „Wenn Deutschland glaubt, dass man entgegen internationalen Rechts dann einfach Personen nach Österreich zurückbringen kann, dann werden wir den Deutschen erklären, dass wir ihnen diese Personen nicht abnehmen."